

Du musst dein Leben ändern!

Rainer Maria Rilke hatte recht, keineswegs nur damals. Heute mehr denn je. Die Corona-Krise hat die Menschheit rund um den Globus im Griff. Die täglich dramatisch ansteigenden Zahlen der Neuinfizierten und Toten lassen immer mehr Menschen in Panik verfallen. Panik freilich ist kein guter Ratgeber – genauso wenig übrigens wie die nicht geringe Zahl der selbsternannten Experten, die die Gefahr herunterspielen und die Pandemie mit einer normalen und jährlich wiederkehrenden Influenza vergleichen. Sie meinen, ließe man eine ausreichende Zahl junger Menschen infizieren und überwinden diese „Herden“ dann die Krankheit, seien sie fortan immun und könnten dem Arbeitsprozess wieder zur Verfügung stehen: Die Maschinen könnten wieder anlaufen, materieller Wohlstand kehrte binnen überschaubarer Zeit wieder zurück. China sei das leuchtende Beispiel. Alles werde gut!

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Es steht nach wie vor kein Impfstoff zur Verfügung, die Zahlen aus China stellen sich als Lug und Trug heraus. Als einziges probates Mittel gegen die Pandemie erweisen sich alte Rezepte: Sauberkeit, häufiges Händewaschen, radikale Reduktion sozialer Kontakte bis hin zu Ausgangsbeschränkungen, besondere Schutzmaßnahmen für Ältere und Vorerkrankte. Doch die Sterbeziffern sind – neuerdings vor allem in den USA, wo ein verbrecherischer Präsident wochenlang die Gefahr leugnete und dann herunterspielte – unverändert hoch, befördert durch ein marodes und kaputtgespartes Gesundheitssystem wie in Spanien, Italien und eben den USA. Inzwischen werden, um das globale Wirtschafts- und Finanzsystem nicht vollends zugrunde zu richten, Riesensummen in die Volkswirtschaften gepumpt, um Arbeitsplätze mindestens auf Zeit zu retten und weltweite Wirtschaftsverbindungen nicht zum Erliegen zu bringen. Doch jedes Land handelt auf eigene Faust, schließt Grenzen und subventioniert den eigenen Bedarf; grenzübergreifende und internationale Strategien sind Mangelware. Besonders deutlich wird das in Europa: Der Streit über die „Euro-Bonds“ beweist in erschreckender Weise, wie die Idee eines geeinten Kontinents zerstört wird.

Das alles ist Stückwerk und löst kein einziges Problem. Denn der Kern der weltweiten Bedrohung durch das Covid-19 Virus wird von alldem nicht berührt. Er liegt in globalen Fehlentwicklungen der letzten einhundert Jahre, vor allem

aber seit dem Beginn dieses Jahrtausends. Ein Blick auf die Epidemien und die Bevölkerungsentwicklung in dieser Zeitspanne ist lohnend: Die erste große Epidemie, nach dem Ende der Jahrhunderte dauernden *Pest* in der Mitte des 19. Jahrhunderts, war die *Spanische Grippe* in den Jahren 1918-1920 mit etwa 50 Millionen Toten. Danach folgte, regionale Seuchen ausgenommen, lange nichts; Entdeckungen der Ursachen von Cholera und Diphtherie waren segensreich. Das änderte sich schlagartig zum Jahrtausendwechsel: 2002 brach die *SARS*-Epidemie aus, 2004 folgte die *Vogelgrippe*, 2009 die *Schweinegrippe*, 2014 und 2017 die *Ebola*-Epidemie und nun, Ende 2019, zuerst in Wuhan, die *Covid-19*-Pandemie. Entstehungsregionen waren im Regelfall Afrika und Südasien, als Ursachen wurden häufig unzureichende Hygiene und Kontakte zu Wildtieren ausgemacht.

Soweit die Epidemien. Sie zeigen ein in Quantität wie Qualität exponentielles Wachstum und dramatisch erhöhtes Gefahrenrisiko in den letzten zwanzig Jahren.

Schauen wir nun auf die Bevölkerungsentwicklung: Sie betrug im Jahre 1900 geschätzte 1,65 Milliarden Einwohner auf dem Globus und war, seit 1000, also während 900 Jahren, von 0,31 Milliarden auf eben diese Zahl angewachsen, sehr langsam also. Bis 1950 ging es weiter bergauf, aber vergleichsweise noch immer langsam: 2,53 Milliarden. Dann aber schoss die Zahl bis heute rasant nach oben: Im Jahre 2020 leben 7,79 Milliarden Menschen auf der Erde, 2050 sollen es 9,74 Milliarden sein: eine unvorstellbare Zahl. Die höchsten Wachstumsraten erzielen, nicht verwunderlich, Afrika und Ost-/ Südostasien, Indien vornan. 2050 sollen allein in diesem Land 1,6 Milliarden Menschen existieren. Von „leben“ kann in diesem Zusammenhang nicht mehr gesprochen werden, denn der Globus wird knapp 10 Milliarden, allen Entwicklungsprogrammen zum Trotz, nicht ernähren können. Kriege um sauberes Wasser, Nahrungsmittel und Luft werden an der Tagesordnung sein. Die Menschen werden, um des Überlebens willen, mit aller Entschlossenheit die Ökosysteme plündern, zerstören und damit ihre eigenen Überlebenschancen beseitigen.

Erste Erkenntnis: Das Bevölkerungswachstum, besser: die *Überbevölkerung*, ist eines der entscheidenden Probleme der Zukunft, genauer: bereits heute. Denn die Zerstörung der ohnehin labilen Ökosysteme ist eine der zentralen Ursachen der jetzigen Corona-Krise.

Dennis Carroll leitete fünfzehn Jahre lang bei der „Federal Agency for International Development“ (USAID) das Projekt „Pandemic Influenza and Emerging Threats“ und identifizierte mehr als 2000 für den Menschen

bedrohliche Viren, wenn die Ökosysteme auch in Zukunft beschädigt und zerstört würden. Sein Wissen gab er an die Präsidenten *George W. Bush* und *Barack Obama* weiter, Präsident Trump löste das Projekt auf: kein Bedarf! Carroll und seine Mitarbeiter wiesen auf den engen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung, rigorosen Eingriffen der Menschen in die globale Ökosphäre und viralen Seuchen hin. Seine Warnungen blieben unerhört. Die jetzige Pandemie hat ihn nicht überrascht; er hat sie kommen sehen und davor gewarnt. Doch niemand wollte ihn hören, weder in den USA noch weltweit: „We´re more comfortable waiting for something to happen and then react to it rather than be proactive, use knowledge that allows to put in place capabilities to prevent future events from happening...Don´t wait for it to kick your door in when you understand it is in your neighborhood. Step out and act on it now“. Sein Rat: Nicht warten und reagieren, sondern rechtzeitig handeln.

Heute wissen wir („Süddeutsche Zeitung“, 4./5.4.20, S. 8), dass China in verbrecherischer Absicht sein Wissen um die Corona-Krise seit Dezember 2019 verheimlicht und warnende Mediziner zum Schweigen gebracht hat. Die Krise hätte in Wuhan, dem Ursprungsort, durch entschlossenes Handeln eingehegt werden können. Chinas Parteiführung ist damit verantwortlich für den Tod Tausender von Menschen. Sie muss vor den Internationalen Gerichtshof gestellt und verurteilt werden!

Kein „Weiter so!“

Auf die aktuelle Krise angewandt, bedeutet das: kein „Weiter so!“, kein Weiterwirtschaften wie bisher, mithin auch kein vorschnelles Herunterfahren der verhängten Schutzmaßnahmen und ein Wiederaufahren der Wirtschaft. Kein zynisches Aufrechnen von Opfern der Krise mit den Schäden für die Industrie, wie es in steigendem Maße bereits heute in Wirtschaftskreisen zu vernehmen ist! Vielmehr müssen bittere und harte Lehren gezogen werden, bevor die Menschheit wieder zum alltäglichen Leben zurückkehrt. Dazu gehört auch, dass Ratschläge und Warnungen der Wissenschaft von Regierungen und der Bevölkerung endlich ernst genommen würden und das Feld nicht den selbsternannten Experten und Scharlatanen überlassen bleibt. Dazu gehört ebenso, dass die Störung der Ökosysteme einerseits und der Klimawandel andererseits auf keinen Fall gegeneinander ausgespielt werden. Beides gehört zusammen.

Welche Lehren müssen auf welcher Ebene gezogen werden?

Wir unterscheiden die globale, die europäische und die Ebene des menschlichen Individuums.

Auf der *globalen* Ebene geht es in erster Linie darum, die durch menschliche Einwirkung eingeschränkten und zerstörten Ökosysteme wiederherzustellen und durch Verträge wie den Antarktis-Vertrag abzusichern. Ökonomische Globalisierung und weltweite Kriege haben seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verheerende Zerstörungen angerichtet. Dazu gehört in erster Linie die Vernichtung der Regenwälder in den tropischen Zonen, allen voran in Brasilien, Schwarzafrika und Indonesien. Die Brandrodung und Abholzung zentraler Lebensbereiche wilder Tiere aus Profitgründen, das Töten von Elefanten und Löwen in der Savanne, die Ausweisung von Weideflächen für Rinder und die Schaffung von Ölplantagen haben das Leben bedrohter Arten in erheblichem Maße eingeschränkt und zudem durch den immer intensiveren Kontakt von Menschen mit diesen Tieren die Gefahr der Übertragung von Seuchen dramatisch vermehrt. Alle diese Eingriffe müssen fortan unter Strafe gestellt werden.

Zu diesen Eingriffen in Ökosysteme gehört auch der Massentourismus in bedrohten Regionen: Wildsafaris im südlichen Afrika, Expeditionen in die Antarktis, Bergsteigen in Extremregionen wie dem Himalaya oder den Anden oder Verseuchungen der Meeresfauna am Barrier-Reef oder in der Karibik. Sie sind, bis auf ein extrem geringes Maß, zu verbieten, um den armen Ländern zumindest eine geringe Einnahmequelle zu gewährleisten.

Umweltverträglichkeit steht dabei an oberster Stelle. Zu verbieten, zumindest aber drastisch zu reduzieren, sind auch Kreuzfahrten auf den Weltmeeren, die schon heute einen wesentlichen Teil der Verseuchung der Ozeane mit Plastikmüll und Ölverschmutzungen verursachen.

Dies ist Teil einer globalen Umweltschutzpolitik, wie sie im Pariser Klimaabkommen von 2014 beschlossen wurde, freilich von vielen Nationen nicht beachtet wird. Der Anstieg der Erderwärmung auf maximal zwei Prozent, verglichen mit der vorindustriellen Phase, muss Gesetz für alle Staaten werden. Zuwiderhandlungen müssen rigoros bestraft werden. Es geht um das Überleben zukünftiger Generationen, um nichts weniger! Gelingt das nicht, werden in absehbarer Zeit Städte wie New York unter der Wasseroberfläche verschwinden!

Dazu gehört weiterhin das globale Verbot weiterer Zerstörungen des Ökosystems durch Methoden zur Gas- und Erdölgewinnung wie das *Fracking*. Hier werden der Umwelt gravierende und bleibende Schäden zugefügt, die unter keinen Umständen zu akzeptieren sind. Die Verfahren müssen deshalb, vor allem in den USA, verboten werden.

Ein entscheidender Bereich aber ist die Bevölkerungsentwicklung, auf deren verheerende Folgen Dennis Carroll hingewiesen hatte. Gelingt es nicht, weltweit diese rasante Zunahme zu bremsen, wird der Globus kollabieren. Vor Jahrzehnten hatte es China versucht: Mit der „Ein-Kind-Ehe“ sollte die fatale Entwicklung gestoppt werden. Die Strategie ist im Grunde gescheitert, Chinas Bevölkerung wächst unaufhörlich.

Das Thema ist mit Tabus belegt: Solange Diktaturen und Religionen Geburten preisen und sie obendrein mit Gottes oder Allahs Segen verbinden, scheint jede Vernunft chancenlos. Doch der Kampf mit islamischen Fundamentalisten und christlichen Heilspredigern, zumal im orthodoxen und katholischen Bereich, muss geführt werden: Alle Bemühungen, den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zumindest menschenwürdige Lebensgrundlagen wie Ernährung, Gesundheit und Schulbildung zu gewährleisten, sind ansonsten von vornherein zum Scheitern verurteilt: Die Forderung muss lauten: Pro Familie nicht mehr als zwei Kinder, ansonsten Bestrafung.

Dass selbst mit den obersten Imamen geredet werden kann, zeigt das Beispiel der verbrecherischen Genitalverstümmelung an Mädchen (Female Genital Mutilation), vor allem in islamischen Ländern. Jahrelang hat der gerade verstorbene *Rüdiger Nehberg* dagegen angekämpft, bis es ihm vor wenigen Jahren gelang, von einem hochrangigen islamischen Gelehrten der *Al-Azhar-Universität* zu Kairo ein Urteil zu erhalten: Der ächtete den alten Brauch, belegte ihn mit der Fatwa und erklärte, solche Verstümmelungen seien mit dem Koran und dem Willen des Propheten nicht vereinbar. Eine wichtige Entscheidung, auch wenn sie nicht überall beachtet wird!

Zum internationalen Bereich gehören weiterhin die globalisierten Wirtschafts- und Finanzströme samt der Diktatur der Börsen in Tokio, Frankfurt, London und New York. Vierundzwanzig Stunden, also rund um die Uhr, bestimmen Börsenmanager und kriminelle Hedge-Fonds über das Schicksal von Milliarden; Börsenhaie lenken damit Wirtschaftsströme und Investitionen, vernichten in Sekundenschnelle Millionen von Arbeitsplätzen, getrieben von nichts anderem als der Jagd nach dem größtmöglichen Profit. Dazu gehören auch und vor allem die gedeckten und ungedeckten *Leerverkäufe von Aktien*, mit denen Börsen-

spekulanten auf fallende Kurse wetten und damit wirtschaftliche Schwächeperioden wie jetzt während der Corona-Krise verstärken: Sie sind nichts anderes denn „Brandbeschleuniger“. Die Akteure verdienen häufig dadurch Unsummen und treiben Millionen Menschen in das Elend. Das muss geändert werden. Gesetzliche Möglichkeiten gibt es zuhauf; sie müssen nur angewendet werden: Finanztransaktionssteuer, Börsensteuer, Verbote von Leerverkäufen und anderes. Warum wehrt sich also Finanzminister Scholz gegen das Verbot der Leerverkäufe?

Doch der Blick muss vor allem auf die globalisierte Wirtschaft gerichtet werden. Seit Jahrzehnten sind ganze Produktionsbereiche aus den Industrieländern in Billiglohnländer verlagert worden: mit verheerenden Folgen für Lieferengpässe wie jetzt bei mangelnden Medikamenten, Schutzkleidung und Atemgeräten, aber auch bei qualitativ schlechten Zulieferungen für Maschinen oder Kraftfahrzeuge oder Textilien. Zudem nahm die Ausbeutung in Ländern wie Bangladesh und Indien zu, von den unzumutbaren Arbeitsbedingungen dort ganz zu schweigen. Diese Produktionswege müssen grundlegend überdacht und revidiert werden; Produkte ganz unterschiedlicher Art müssen wieder vor Ort hergestellt werden, keineswegs nur Textilien. Der dadurch im Regelfall entstehende höhere Verkaufspreis muss sozial abgefedert werden. Wohin die derzeitige Regelung, nämlich die Auslagerung von Produktionen in Billiglohnländer, führt, zeigt sich besonders drastisch am Beispiel dringend benötigter Atemmasken und Schutzkleidung für das medizinische Personal: Die Produktion findet seit Jahren in China und anderswo in Asien statt; hier in Deutschland und anderswo werden Ärzte und Krankenschwestern mit dem Virus infiziert, weil die notwendige Schutzkleidung fehlt: eine Katastrophe, die hätte verhindert werden können, wenn nicht in der Vergangenheit Gesundheit und Pflege kaputtgespart worden wären.

Die europäische Ebene

Europa ist eine Idee, kein Finanzimperium. Die Idee wurde in der Antike geboren und fand ihren Kulminationspunkt in der Erklärung der Menschenrechte im ausgehenden 18. Jahrhundert und der Forderung: *Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit*. Die europäische Aufklärung hat dies unterstrichen, allen voran *Immanuel Kant*. Die Verwirklichung dieser Grundsätze ist heute unverändert wichtig, auch wenn, über Jahrhunderte hinweg, europäische Staaten weltweit diese hehren Prinzipien rigoros verletzt haben: Koloniale

Eroberungen, Massenvernichtung der einheimischen Bevölkerung, Verwüstungen ganzer Landstriche und schamlose Ausbeutung von Ressourcen.

Als zentrale Erkenntnis der Verbrechen Nazi-Deutschlands fanden sich, nach 1945, große Europäer wie *Robert Schuman*, *Jean Monnet*, *Alcide de Gasperi*, *Sicco Mansholt* und *Walter Hallstein* zusammen, um auf den Ruinen des Kontinents ein neues und besseres Europa aufzubauen: ein Europa des Friedens und der Solidarität. Später kamen andere hinzu: *Konrad Adenauer* und *Charles de Gaulle* besiegelten vor der Kathedrale zu Reims die deutsch-französische Freundschaft und das Ende eines tausend Jahre währenden Krieges der Mächte diesseits und jenseits des Rheins. Später taten es ihnen *Willy Brandt* und die Regierungen der Sowjetunion und Polens im Osten gleich: Nie wieder sollte dort ein Krieg stattfinden.

Heute ist vieles davon Geschichte. Europa ist zu einem Sammelsurium höchst unterschiedlicher Interessen verkommen und zahlreiche Mitgliedsstaaten sehen darin lediglich eine Kuh, die zu melken ist. Sie kennen ihre Rechte und leugnen ihre Pflichten. Am Beispiel der Flüchtlingskrise 2015 wurde dies unmittelbar evident: Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei verweigerten jegliche Solidarität mit den aus dem syrischen Bürgerkrieg Geflüchteten, waren sich aber nicht zu schade, bei der Verteilung der üppigen Haushaltsmittel kräftig zuzulangen. Gerade jetzt hat deswegen der Europäische Gerichtshof Ungarn verurteilt und seine Rückkehr zu den Grundwerten der Europäischen Union verlangt. Brüssel muss jetzt den Druck auf die Egoisten in Budapest massiv verstärken und, falls sie uneinsichtig bleiben, die finanzielle Unterstützung streichen. Hinzu kommt, dass die Parlamente in Ungarn und Polen die Corona-Krise missbraucht haben, um ihren Regierungen diktatorische Vollmachten zu gewähren, die mit der demokratischen Verfassung Europas unvereinbar sind.

Die Voraussetzung für dieses seit Jahren praktizierte antieuropäische Verhalten dieser Staaten ist das Prinzip der *Unanimität*. Als erstes muss deshalb dieses Einstimmigkeitsprinzip in Europa abgeschafft werden: Es ist zutiefst undemokratisch und verhindert, dass, wie in der Demokratie üblich, Mehrheiten regieren und Minderheiten dem folgen müssen. Dazu gehört auch das Recht, Länder wie Ungarn oder Polen aus der Union auszuschließen.

Als Folge dieser Politik gebärdet sich Europa in der Corona-Krise wie ein Hühnerstall: Jedes Land praktiziert unterschiedliche Regelungen und Verbote und sucht seinen eigenen Vorteil. Eine gemeinsame Strategie wird weder entwickelt noch praktiziert. Am Beispiel sogenannter „Corona-Bonds“ wird dies

deutlich: Die reichen Länder wie Deutschland, Finnland oder die Niederlande verweigern sich solchen europäischen Fonds zugunsten der von der Krise am heftigsten betroffenen Länder Italien und Spanien, weil sie Angst davor haben, später, bei der Rückzahlung der Kredite, für Schulden anderer Länder geradestehen zu müssen. Auch der emotionale Appell zahlreicher italienischer Bürgermeister und des Regierungschefs *Conte* hat bislang kein Umdenken bewirkt, obwohl sogar die deutsche Wirtschaft für „Corona-Bonds“ votiert, weil sie ansonsten in der Zukunft den Absatzmarkt Italien für ihre Exporte existenziell gefährdet sieht. Sollte die Bundesregierung, allen voran Finanzminister *Scholz*, bei ihrer sturen Haltung bleiben, hätte dies vor allem zwei Folgen: In Italien, Spanien und anderswo wüchse eine antieuropäische und, vor allem, antideutsche, Stimmung, die den europäischen Gedanken der Einigung und Solidarität auf lange Sicht zerstörte. Hinzu kommt, dass, sollte zumal den von der Krise am heftigsten betroffenen Ländern nicht entschieden unter die Arme gegriffen werden, dort auf lange Zeit kein Wirtschaftswachstum gelänge und sich damit auch keine Exportchancen für deutsche Produkte offenbarten. Es liegt also, neben dem moralischen Aspekt, auch im unmittelbar deutschen Interesse, solidarisch zu handeln.

Die Krise hat darüber hinaus verdeutlicht, dass unverändert nationale Parlamente ihre Interessen dem gemeinsamen europäischen Handeln überordnen. Gebraucht wird stattdessen, nötiger denn je, ein Europäisches Parlament mit echten Machtbefugnissen, eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie einheitliche Regelungen im Sozial- und Arbeitsrecht, die ein einheitliches Vorbeugen und Regulieren bei zukünftigen Krisen ermöglichen. Dazu gehören erhebliche Investitionen in das Gesundheitssystem statt des Kaputtsparens und der zunehmenden Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen in Vergangenheit und Gegenwart. Über Jahre hinweg hat man europaweit nach dem Prinzip der „Ökonomisierung des Gesundheitswesens“ und dem „Just in time“-Prinzip gehandelt, also keine Vorsorge getroffen und die Zahl der Betten wie des Pflegepersonals gekürzt, um Gewinne zu erwirtschaften: „Rationierung“ anstelle von „Rationalisierung“. Großbritannien hat auf diese Weise statt des einst gepriesenen National Health Service ein marodes Krankenhaussystem bekommen; Schweden verfügt heute über gerade einmal 500 Betten in Intensivstationen, um Schwerstkranken zu helfen: eine medizinische Katastrophe! Entsprechend schnellen dort die Zahlen der Infizierten und Toten dramatisch in die Höhe.

Und dennoch gilt: Die demokratisch regierten Länder sind bislang im Kampf mit dem Virus besser gefahren als Diktaturen wie China oder Russland, zumal deren Daten und Informationen ohnehin nicht überprüft werden können. Wenn die staatlich gelenkte Wissenschaft und Presse in China von einem zweiten *Tianxia* der alten Zhou-Dynastie träumt, in dem sich alle Länder zum Zwecke eines Weltfriedens freiwillig und voller Glücksgefühle einem neuen Führerstaat unterwerfen, nämlich China, so ist die Absicht der Pekinger Führung unmittelbar evident, sich den Globus untertan zu machen. Das Projekt „Seidenstraße“ ist Teil dieser Strategie. In Afrika ist die Volksrepublik schon weit vorangekommen, doch auch dort mehrt sich inzwischen Widerstand gegen die neuen Kolonialherren aus dem Reich der Mitte. Die demokratischen Länder müssen sich den Umarmungen Peking entschieden widersetzen.

Die individuelle Ebene

Alle diese Überlegungen und Forderungen aber werden nur dann Wirklichkeit werden, wenn jeder Einzelne bereit ist, getreu dem Rilke'schen Motto, erhebliche Einschränkungen seines bisherigen Lebens auf sich zu nehmen. Je eher und freiwilliger er oder sie das tun, umso besser: gerade auch bei radikalen Forderungen. Die bisherige Erfahrung mit den Ausgangs- und sonstigen Beschränkungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern zeigen in erfreulicher Weise, dass die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger diese Einschränkungen bejaht, weil sie von ihrer Richtigkeit überzeugt ist. Die Menschen sind aber zugleich, vollkommen zu Recht, der Auffassung, dass Einschränkungen demokratischer Grundrechte nur auf *Zeit* und nie auf *Dauer* erlassen werden dürfen, also Rede- und Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit. Das Gegenteil erleben sie im Augenblick in Ungarn, wo Premierminister Orban die Gunst der Stunde nutzt, um die Demokratie in Ungarn zu beseitigen.

Zugleich aber müssen alle Bürgerinnen und Bürger bereit sein, weitergehende Einschränkungen auf sich zu nehmen, nötigenfalls durch Ge- oder Verbote. Dazu gehören unnötige Reisen und ein in den letzten Jahren überbordender Massentourismus, zumal in Ländern, deren Ökosysteme bereits weitgehend zerstört worden sind (Afrika, Asien, Lateinamerika).

Dazu zählen weiterhin Maßnahmen zur Senkung des Energiebedarfs und Klimaverbesserung, also das Nutzen alternativer Energien und die drastische Reduktion privater Kraftfahrzeuge, die mit fossilen Brennstoffen angetrieben

werden. Autos mit hohen Schadstoffemissionen, also SUV's und andere Kraftfahrzeuge, müssen verboten werden. Der Gesetzgeber muss darüber hinaus aufgefordert werden, alle Maßnahmen zurückzunehmen, die die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie behindern, also etwa der Mindestabstand von Windrädern zum nächstgelegenen Wohnhaus. Gerade jetzt, im 20. Jahre des Erneuerbare Energiengesetzes (EEG), ist eine gute Gelegenheit, endlich radikal umzusteuern! *Nachhaltigkeit* ist dabei der zentrale Aspekt für zukünftiges Leben. Sie ist heute von gleicher Bedeutung wie die Grundwerte *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit*.

Entscheidend aber ist der freie Wille des Menschen, den praktizierten Egoismus aufzugeben und ein solidarisches Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Also: Schluss mit dem Leben auf der Überholspur und dem schier grenzenlosen Egoismus in einer Gesellschaft, die Rechte fordert und Pflichten verabscheut. Stattdessen soll es eine Gesellschaft der Entschleunigung und Rücksichtnahme sein! Eine Gesellschaft, in der nicht das *citius, altius, fortius* dominiert, sondern die Solidarität mit den Schwachen, Alten und Kranken. Eine Gesellschaft aber auch, in der vergessene „Sekundärtugenden“ wie Disziplin, Genauigkeit und Verlässlichkeit wieder ihren gebührenden Rang erhalten, nicht aber Jugendlichkeitswahn und „Spaßgesellschaft“. Eine Gesellschaft schließlich, in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren dominiert.

Gelänge dies, könnte die Corona-Krise die Grundlage für einen radikalen Neubeginn der Gesellschaft schaffen.